

***BUND-Regionalverband Donau-Iller
BUND-Kreisverband Ulm***

Gemeinsame Pressekonferenz zum Jahreswechsel 2009/2010

**am Montag, 28.12.2009
um 14.00 Uhr
im BUND-Umweltzentrum Ulm**

Teilnehmer von Seiten des BUND:

**Ulrich Müller,
Regionalvorsitzender**

**Dr. Dieter Fortmann,
Vorsitzender Kreisverband Ulm**

**Reiner Frohnmüller,
Regionalvorstandsmitglied, stellv. Vorsitzender Kreisverband Ulm**

BUND fordert Politik zum Umsteuern auf

Als „Ohrfeige für das Weltklima und die Weltgemeinschaft“ bezeichnet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in der Region Verlauf und Ergebnisse des Klimagipfels von Kopenhagen. Es sei zu befürchten, dass die Bemühungen für mehr Klimaschutz um Jahre zurückgeworfen werden.

BUND-Regionalvorsitzender Ulrich Müller: „Nun müssen vor allem in den Industrieländern Taten folgen, schließlich sind wir die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel!“ Politik, Unternehmen und Bürger seien mehr denn je gefordert, Energie einzusparen und die erneuerbaren Energien stärker zu nutzen. Zwar seien Nachhaltigkeit und Klimaschutz inzwischen in aller Munde, oftmals fehle aber der konkrete Wille für eine Umsetzung. Auch der Koalitionsvertrag und die ersten Amtshandlungen der neuen Bundesregierung würden diesen Gedanken eher zuwiderlaufen.

Wenn das von CDU, CSU und FDP festgeschriebene Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken, erreicht werden soll, muss nach Ansicht von Müller auch in der Region rasch umgesteuert werden. Dazu gehöre, Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme wo immer ökologisch und sozial verträglich zur Energiegewinnung zu nutzen. Von zentraler Bedeutung sei es, die energetische Altbausanierung massiv voranzubringen. Hier seien Kommunen ebenso gefordert wie Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen und private Hauseigentümer. Nach dem Bau des zweiten Biomassekraftwerkes der Fernwärme Ulm GmbH (FUG) müssten zudem die Kohlekessel im Heizkraftwerk in der Ulmer Weststadt endgültig still gelegt werden.

Mittelumschichtung beim Verkehr

Noch nicht angekommen ist nach Ansicht des BUND die Erkenntnis, dass gut ein Viertel der bundesweiten CO₂-Emissionen dem Verkehr anzulasten sind. Gerade weil die neue Bundesregierung versäumt hat, entsprechende Maßnahmen anzustoßen, setzt der BUND nun auf die in Kommunen, Region und Land Verantwortlichen. Müller: „Es gibt in unserer Region mehr als genug Straßen. Das geben selbst viele

regionale Politiker inzwischen zu. Die noch verfügbaren Mittel müssen jetzt in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Stadt und Land gesteckt werden!“ Müller fordert darüber hinaus, alle Straßenbauprojekte in der Region auf Notwendigkeit und Klimaverträglichkeit hin zu überprüfen. Das gelte für planfestgestellte Projekte wie etwa die Nordwestumfahrung Biberach ebenso wie Projekte, die noch im Verfahren sind wie die Querspange Erbach oder die Riedlinger Kernstadtentlastungsstraße.

Im Hinblick auf den neuen Ulmer Verkehrsentwicklungsplan fordert der BUND, dass mit diesem tatsächlich der Verkehr entwickelt wird und nicht nur versucht wird, allen Interessengruppen gerecht zu werden. Ulms BUND-Vorsitzender Dr. Dieter Fortmann: „Ulm ist noch weit entfernt davon, ein Luftkurort zu sein!“ Dies hatte Bau- und Umweltbürgermeister Wetzig im Rahmen der Diskussion um die Umweltzone vor einigen Wochen so geäußert. Fortmann sieht die Umweltzone als eine von vielen Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Luftbelastung der Bürger führen soll. Dass Umweltzonen Verbesserungen mit sich brächten, zeigten die Erfahrungen aus anderen Städten, was der Dauerkritik der IHK die Spitze nehme.

Bewegung in den regionalen Schienenverkehr bringen

Lob erfahren die Bemühungen des Regionalverbands Donau-Iller zur Erstellung eines Konzeptes für eine Regio-S-Bahn. Müller: „Damit kommt hoffentlich - im wahrsten Sinne des Wortes - Bewegung in den regionalen Schienenverkehr.“ Dieser müsse zwingend ausgebaut werden, wenn man die im Hinblick auf den Klimaschutz erforderliche Verlagerung von der Straße auf die Schiene erreichen wolle.

Da zu befürchten sei, dass das umstrittene Projekt „Stuttgart 21“ immer teurer werde, sei allerdings die Gefahr groß, dass auf Jahre hinaus überhaupt kein Geld mehr für den Nahverkehr vorhanden sei. So sehr man die aktuelle Entwicklung hinsichtlich der Elektrifizierung der Südbahn begrüße, so gefährdet sei wegen dieses Großprojektes die Finanzierung der Maßnahme. Schon allein deshalb werde der BUND seine Kritik an „Stuttgart 21“ aufrechterhalten, gleichzeitig aber weiterhin die Planung für den Bau der Neubaustrecke zwischen Ulm und Stuttgart unterstützen.

Licht und Schatten bei aktuellen Ulmer Verkehrsfragen

Bei aktuellen Fragen der Ulmer Verkehrsplanung sieht der BUND Licht und Schatten. Fortmann freut sich, dass die ursprünglich angedachte Fortsetzung der Nordtangente zur Böfinger Steige zumindest vorerst vom Tisch ist. Auch die wenig Nutzen bringende, aber hohe Kosten verursachende Anlage von Kriechspuren an den Steigungsstrecken des Tangentenringes sei wohl im Moment nicht akut.

Unverständnis äußert der Verband dagegen zur Entwicklung in Wiblingen. Frohnmüller, stellvertretender Vorsitzender des BUND-Kreisverbands Ulm, ist empört, mit welcher zum Teil unsachlichen Argumenten die Debatte um die ursprünglich geplante Schließung der Gögglinger Straße geführt wurde. Frohnmüller: „Auch wir haben uns klar positioniert und haben Lobbyarbeit betrieben. Aber wenn Stadträte persönlich bedroht und so in ihrer Entscheidungsfindung beeinträchtigt werden, geht das entschieden zu weit!“. Der BUND werde sich im Sinne der betroffenen Anwohner weiter dafür einsetzen, dass die Gögglinger Straße geschlossen werde, sobald die Wiblinger Querspange fertiggestellt sei.

Dranbleiben werde der BUND gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Karlstraße beim Ziel, die Karlstraße anwohnerfreundlich zurückzubauen. Hier gebe es klare Bekenntnisse des Gemeinderates, nun müssten bald Taten folgen, so Fortmann. Tempo 20 auf beiden Trassen der Neuen Straße im Bereich der Neuen Mitte in Ulm einschließlich Kontrolle – diese Anregung der FWG-Fraktion wird vom Umweltverband unterstützt. Nur so könnten Fußgänger am Geschwister-Scholl-Platz einigermaßen sicher die Straße überqueren.

Klinik-Wald auf dem Eselsberg für Tiefgarage opfern?

Der Wald südlich der Uni-Kliniken soll nach Informationen des BUND für den Bau einer Tiefgarage gerodet werden. Da dort weit und breit keine Zufahrt existiere, solle die Verbindung zur Straße über einen hundert Meter langen Tunnel von der Buswendescheife hergestellt werden. Diese Zufahrt kollidiere allerdings mit der Buslinie sowie der künftigen Straßenbahntrasse. Diese naturzerstörende und extrem teure Planung soll nach Kenntnis des Umweltverbands von der Stadtverwaltung bereits

intern genehmigt worden sein und im kommenden Jahr beschlossen werden. Offenbar seien bei der Planung des Chirurgie-Neubaus die vorgeschriebenen Parkplätze nicht eingeplant worden, was nun im Schnellverfahren nachgeholt werden solle.

Fortmann kritisiert heftig: „Das Vorhaben würde die gesamte ideal gelegene Klinikanlage stark abwerten. Wo Patienten heute auf Wald schauen und in einem naturnahen Erholungsraum wieder ihre ersten Gehversuche machen können, werden sie künftig auf Gebäude schauen und Abgase einatmen.“ Eine hier besonders wichtige Naturoase für Patienten, Angestellte und Studenten mit Spazierwegen und Ruhepunkten direkt an den Kliniken würde definitiv zerstört werden.

Fortmann weist darauf hin, dass der Wald von Fachleuten als sehr wertvoll eingestuft werde, zumal er 200 Jahre alte Eichen mit einem Durchmesser bis über einen Meter beinhalte. Was davon überhaupt übrig bleiben soll, sei derzeit unklar, zumal im Restbestand des Waldes noch ein psychosomatisches Zentrum errichtet werden solle.

Der BUND fordert Stadtverwaltung und Gemeinderat auf, dieser Naturzerstörung die Zustimmung zu verweigern. Der Umweltverband sieht als Alternative Flächen an der Albert-Einstein-Allee im Norden. Allerdings dürfe kein Parkplatz mehr entstehen als gesetzlich gefordert werde.

Wie viele Verbrauchermärkte und Discounter brauchen wir noch?

Zu einer zukunftsgerichteten Verkehrsplanung gehört nach Ansicht des BUND auch, dass Verkehr wo immer möglich vermieden wird. Das genaue Gegenteil dessen werde jedoch mit der verstärkten Ansiedlung von Verbrauchermärkten und Discountern insbesondere im Ulmer Süden erreicht. Hier werde zunehmend die örtliche Nahversorgung geschwächt und so häufig erst die Notwendigkeit, das Auto zu verwenden, geschaffen. BUND-Vorstandsmitglied Frohnmüller greift in diesem Zusammenhang die Stadt Erbach an, die durch ihre Ansiedlungspolitik eine der treibenden Kräfte in diesem Bereich sei.

In Ulm und seinem engeren Umland würde nach Aussage des Regierungspräsidiums besonders intensiv Einzelhandelsflächen auf der grünen Wiese geplant. Umso bedauerlicher sei es, dass die vom Regionalverband anvisierte Steuerung des großflächigen Einzelhandels in der Region aus formalen Gründen bisher gescheitert sei.

Flächenverbrauch stoppen

Noch-Ministerpräsident Oettinger zitieren die Umweltschützer immer gern im Hinblick auf dessen Aussage, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Regionalvorsitzender Müller: „Von einem „Nettonullverbrauch“ sind wir in Baden-Württemberg immer noch weit entfernt!“ Dies liege auch daran, dass man Planungen wie etwa im Risstal nördlich von Biberach seitens der Landesregierung nicht frühzeitig Einhalt gebiete: Die dortige Planung für ein interkommunales Gewerbegebiet solle zwar momentan aufgrund des aktuell fehlenden Interesses nicht mehr weiter verfolgt werden. Damit sei das Risstal aber nicht gerettet. Müller: „Der weitere Verbrauch von Fläche und die Zersiedlung unserer Landschaft müssen endlich gestoppt werden!“ Zumal gerade hier keine Alternativen geprüft worden seien und keine neuen Arbeitsplätze entstanden wären. Müller kritisiert zudem, dass in den letzten Monaten etliche kleinere Gebiete, die eigentlich gegen das neue große Gebiet hätten getauscht werden sollen, für eine gewerbliche Nutzung vorbereitet wurden. Damit hätte nicht einmal das Minimalziel, keine zusätzlichen Gewerbeflächen zu überplanen, erreicht werden können, so Müller.

Lob für Donaurenaturierung

Lobend äußern sich die Umweltschützer zu den vom Regierungspräsidium Tübingen durchgeführten Donau-Renaturierungsmaßnahmen in der Region, so die Verlegung der Donau zwischen Hundersingen und Binzwangen, aber auch kleinere Maßnahmen bei Lauterach, Ehingen oder Erbach.

Auf Ulmer Gemarkung geht es dagegen nach Informationslage des BUND nicht voran. Ulms BUND-Vorsitzender Fortmann fordert, die Renaturierungsmaßnahme am Altwasser Hirschhalde bei Göggingen endlich umzusetzen. Auch von der geplanten

Wiedervernässung des Auwalds am Jungfrauenstück und der Uferrenaturierung zwischen Gögglingen und Gronne höre man nichts mehr.

Am Donauschwabenufer sei mit der provisorischen Ufertribüne ein schöner Anfang gemacht worden, um Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der Donau zu verbessern. Fortmann bedauert, dass die weiteren Vorschläge der lesenswerten Dokumentation des „Dialog Grün“ zwischen Bürgerschaft und Verwaltung offenbar auf die lange Bank geschoben werden sollen.

Aktion „Pflanz dir einen Stammbaum“ auf gutem Weg

Mit inzwischen 70 gespendeten Bäumen im Ulmer Stadtgebiet sieht der BUND das Stadtbild erkennbar aufgewertet und seine Gemeinschaftsaktion mit der Stadtverwaltung auf gutem Wege. Fortmann: „Wir hoffen, dass sich auch für die geplante Pflanzung großer Eichen am nördlichen Münsterplatz Spender finden!“ Hier wie auch bei den schönen neuen Innenstadtgärten und dem Konzept eines Glacisparks um die Forts zeige Bürgermeister Wetzig, dass ihm auch das Stadtgrün am Herzen liege.

Kritik an Schavan

Durch die engagierte Arbeit des Bündnisses für eine agro-gentechnikfreie Region um Ulm sind in den letzten Monaten in über 40 Städten, Gemeinden und Kirchengemeinden in der Region Beschlüsse gefasst worden, gentechnisch verändertes Saatgut auf kommunalen und kirchlichen Flächen auszuschließen. Über 18.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützen diese Bemühungen inzwischen mit ihrer Unterschrift. Während sich der Kreistag des Alb-Donau-Kreises noch nicht abschließend mit dem Thema befasst habe, lobt der BUND den „richtungsweisenden“ Beschluss des Ulmer Gemeinderates. Dieser appelliert an Landwirte, regional hergestellte und gentechnikfreie Futtermittel einzusetzen.

Kritik erntet dagegen die Ulmer CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Schavan. BUND-Vorsitzender Müller: „Unserer intensiven Aufklärungs- und Lobbyarbeit zum

Trotz blieb Schavan bei ihrer positiven Haltung zur grünen Gentechnik. Es ist bedauerlich, dass eine hochrangige Politikerin derart beratungsresistent ist!“

Solidarität mit Milchbauern

Das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sieht Müller dagegen auf einem guten Wege: So solidarisiere sich der BUND auch in der Region eindeutig mit den Milchbauern, die in den letzten Wochen aufgrund des Milchpreisverfalls mehrfach auf ihre existenzbedrohende Lage aufmerksam gemacht hatten. Müller: „Die von Bundesregierung wie Bauernverband forcierte pauschale Subventionierung der Landwirtschaft lehnen wir ab, da sie nur zu weiterer Überproduktion und weiterem Preisverfall führt!“

In der aktuellen Auseinandersetzung um kostendeckende Milchpreise werde deutlich, welche Folgen die europäische Agrar- und Milchmarktpolitik für die Bauern gerade hier in der Region habe. Der BUND fordere, dass die Milchpreise durch eine Mengenbegrenzung stabilisiert werden, was im Widerspruch zur aktuellen Politik der EU stehe. Diese habe trotz sinkender Nachfrage nach Milchprodukten eine Mengenausweitung beschlossen. Die Produktion von Überschüssen und der Preisverfall seien daher nur logisch. Müller: „Besonders schlimm ist, dass die Überschussproduktion auf Importen von Futtermitteln aus Entwicklungsländern basiert, wo diese in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln angebaut werden.“

Hier kämen Natur- und Umweltschutz auf der einen und Landwirtschaft auf der anderen Seite zusammen: Die jahrzehntelang betriebene Strategie des „Wachsen oder Weichen“ führe zunehmend zu einer industriell geprägten Landwirtschaft, zum Import von Futtermitteln und zur Aufgabe von Grünland in der Region. Müller appellierte in diesem Zusammenhang an die Verbraucher, die demonstrierenden Landwirte einerseits politisch, andererseits durch den Kauf regionaler, mit gentechnikfreien Futtermitteln erzeugter Milchprodukte zu unterstützen.